

Abwurf war völlig unnötig

Zu: „200 Menschen bei Hiroshima-Mahnwache“, FR-Regional vom 7.8.

Ich bin erfreut und dankbar, dass wenigstens in Frankfurt eine Mahnwache zum Gedenken an den Atombombenabwurf am 6. August vor 75 Jahren auf Hiroshima stattgefunden hat. Diese Katastrophe ist unauslöschlich in mein Gedächtnis eingebrannt (ohne Fernsehen), obwohl ich damals gerade zwölf Jahre alt war.

Das Bild eines verbrannten Menschen auf einer Steintreppe, das der Oberurseler Künstlers Robert Kommaus als Kunstwerk gestaltet hat, kenne ich auch aus der Literatur, und das ist der unbeschreiblich entsetzliche Eindruck der Folgen dieses völlig unnötigen Bombenabwurfs.

Der Augenzeugenbericht des aus dem Taunus stammenden Ordensbruders Helmut Erlinghagen mit seinem Bericht „Hiroshima und wir“ (Fischer-Taschenbuch „Informationen zur Zeit“ aus dem Jahr 1982) trug neben anderen Veröffentlichungen zu meinem „Kampf“ gegen die Atomkraft bei.

Henny Ludwig, Bad Homburg“

Der schöne Taunuskamm

Windkraft: „Normenkontrollklage gegen das Land“, FR-Regional vom 7.8.

Wie soll eigentlich die einzigartige Kulturlandschaft des Taunuskamms erhalten werden? Mit oder ohne Wald?

Die Klimaveränderung und die damit einhergehende Trockenheit (das ist jetzt schon der dritte Sommer ohne ausreichenden Regen) ist inzwischen so nachhaltig, dass die Schäden am Wald auch für ein ungetübtes Auge zu sehen sind. Ebenso auch für die, die gerade nicht im Wald sind: Die Stadtbäume lassen die Blätter hängen, werfen ihre Äste und Früchte ab, um den Stamm zu erhalten. Werden vom Borkenkäfer gefressen. Oder fallen einfach auf Grund der Trockenheit um.

Die Stadt Frankfurt am Main gibt an, dass 97 Prozent der Bäume im Stadtgebiet geschädigt sind. Das gilt für Wiesbaden und andere große Städte vermutlich genauso.

Die Klimaveränderung ist also da. Wenn wir den Zug noch irgendwie umsteuern wollen, die Erde für unsere Kinder und auch uns selber noch nachhaltig erhalten wollen, müssen wir jetzt was tun: Wir müssen deutlich Energie und Wasser sparen und auch die Energiewende in Richtung Erzeugung von Energie aus nachhaltigen Quellen vorantreiben.

Und wenn wir genug Energie aus den (Wind-) Spargeln gewonnen haben, müssen wir andere Ideen haben und umsetzen. Dann können wir die Windenergieräder zusammenpacken und woanders aufstellen.

Ursula Langer, Wiesbaden



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt gemeinsam mit dem Club Voltaire wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion über aktuelle politischen Themen. Auch diesmal digital.
Donnerstag, 3. September, 19 Uhr
<https://us02web.zoom.us/j/84165015963>
Einwahlnummern für die Teilnahme per Telefon:
069 38 07 98 83 / 069 71 04 99 22
Meeting-ID: 841 6501 5963

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Großes beginnt im Kleinen – Wie wir morgen noch ein gutes Leben haben können“ mit Malu Dreyer (Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz), Dr. Michael Kopatz (Wuppertal Institut), Daniel Al-Kayal (Autor), Dr. Franziska Humbert (Oxfam) und Markus Zwick (Oberbürgermeister von Pirmasens). Anmeldung nötig unter anmeldung@fairewelten.de
Freitag, 4. September, 18 Uhr
Frankfurter Hof,
Augustinerstraße 55, Mainz

Im Dreck der Schlammschlacht

AWO-Affäre: „Wir wollen nicht erpressbar sein“ u. „Feldmann macht Wahlkampf mit Steuergeld“, FR-Regional v. 11. u. 14.8.

Wenn ich links bin, darf ich die Partei also schädigen?

Die SPD hat jetzt diesen Herrn Sarrazin ausgeschlossen, weil dessen Auffassungen mit den Prinzipien der Partei nicht vereinbar waren. Das ist nachvollziehbar. Er wurde also nicht wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen, denn wo der Schaden für die Partei gelegen haben soll, ist nicht erkennbar, wäre doch der Öffentlichkeit kaum noch bekannt gewesen, dass er überhaupt noch Parteimitglied war, wenn nicht die Partei selber diesen Umstand am Köcheln gehalten hätte.

Doch was ist mit den kriminellen Funktionären der AWO? Es zeichnet sich bereits ab, dass die anderen Parteien diese Affäre und die Verstrickung des OB zum Wahlkampfthema der bevorstehenden Kommunalwahl machen werden. Dass das der SPD nicht zum Vorteil gereichen wird, dürfte auf der Hand liegen. Doch von einem Parteiausschluss oder auch nur von einer Suspendierung der Mitgliedschaft wegen Parteischädigung ist weit und breit nichts zu hören. Vielmehr erfreuen sich diese Genossinnen und Genossen auch weiterhin ihrer Parteimitgliedschaft. Und die Moral von der Geschichte? Man muss nur genügend links stehen, dann darf man ruhig auch mal die Partei schädigen. Ich nenne das „Doppelmoral“! Wie? Höre ich da jemanden „Unschuldsumutung“ murmeln?

Wolfram Siegel, Frankfurt

Ich ärgere mich über derlei dreegisch Wäsch!

Scheinbarer Grund für die Aufregung ist die Flyeraktion ausgehend von OB Feldmann und Bildungsdezernentin Sylvia Weber. Hier wird ihnen unterstellt, sie machen Wahlkampf auf dem Rücken der Steuerzahler. Ist das so? Muss nicht die positive Seite der Stadtpolitik auch mal angezeigt und verteilt werden, um zu zeigen was sonst noch außer dem Ärger seitens der CDU der „Sperrung“ des Mainkais aufzu-

zeigen z.B.? Vornehmlich scheint mir der gesamte Artikel ein politisch motiviertes zu sein.

Dafür spricht die Aussage der FDP Frau Rinn. Sie verlangt von CDU und Grünen, ungeklärte AWO Fragen endlich zu klären, und fordert sie auf, mit durchzusetzen, dass Feldmann sein Amt „endlich“ ruhen lassen soll bis zur Klärung. Dabei wird mal wieder die AWO-Geschichte aufgezählt und wieder zum zigaretten Zübeyde Feldmann und ihre Anstellung u.u. Ich finde es einfach widerlich, wie hier ständig der OB mit Frau vorgeführt wird. Fast täglich liest man darüber. Ich frage die CDUler, die FDPler, die Grünen: Habt ihr kein anderes wichtigeres Thema für unsere Stadtgesellschaft? Als Beispiel nenne ich die enorm steigenden Mieten, die Leerstände der Wohnungen, neue Fahrradwege, die Frankfurter „Randorte“ z.B. Höchst, das nach meinem Dafürhalten in mancherlei Hinsicht von der Stadtpolitik sträflich vernachlässigt wird. Kurzum, ich ärgere mich über derlei „dreegisch Wäsch“.

Anita Engel, Frankfurt-Höchst

Feldmann wird offenbar schlecht beraten

Die politischen Gegner von Oberbürgermeister Peter Feldmann würden vermutlich mehr als nur eine Achillesferse bei dem Sozialdemokraten finden, falls sie ihre Aufklärung ernsthaft betrieben. So hat dieser Persönlichkeiten wie Ina Hartwig (Kultur und Wissenschaft), Mike Josef (Planen und Wohnen) und Klaus Oesterling (Verkehr) zu Dezernenten ernannt, deren Dilettantismus nur noch von der Unfähigkeit des Baudezernenten Jan Schneider (CDU) übertroffen wird. Es gibt also ausreichende Anlässe, um sich mit Peter Feldmann politisch auseinanderzusetzen.

Fraglich hingegen ist, ob Feldmanns früheres Arbeitsverhältnis bei der AWO dazu dienlich ist. Möglicherweise war es ihm gelungen, sich eine Führungsposition maßschneidern zu lassen, die objektiv nicht benötigt wurde. Aber das war vor

seiner Zeit als OB. Innerhalb der SPD wurde damals sogar offen infrage gestellt, ob sich Feldmann bei der OB-Wahl würde durchsetzen können (so beispielsweise von seinem Intimfeind Torsten Schäfer-Gümbel). Und erst recht bezweifle ich, ob die Tätigkeit seiner Ehefrau für die AWO einen Anlass für politische und strafrechtliche Mutmaßungen gibt. Anscheinend gelang es ihr, ihre Arbeitskraft zu für sie besonders guten Konditionen zu verkaufen. In beiden Fällen kann ich eine Vorteilsnahme im Sinn von § 331 StGB nicht erkennen. Denn das Strafgesetzbuch ist in diesem Punkt sehr eindeutig. So weit bekannt wurde, ermittelt die Staatsanwaltschaft weder gegen den Oberbürgermeister noch gegen dessen Ehefrau. Vielmehr läuft ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Geschäftsführer der AWO wegen des Verdachts der Untreue.

Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass die 52 schriftlichen Fragen des Stadtverordneten Yanki Pürsün (FDP) nicht mehr sind als selbst konstruierte Antworten. Für die weiteren rund 30 Anfragen aus CDU, Grünen und AfD dürfte Ähnliches gelten.

Zugegeben: Peter Feldmann macht es auch den ihm wohlgesonnenen Beobachtern nicht leicht. Er verhält sich linksch und hat es bis jetzt nicht geschafft, kompetente Berater um sich zu scharen. Solche hätten vermutlich längst öffentlich nachgefragt, ob es die Frankfurter CDU angesichts ihrer Nähe zu Immobilienspekulanten tatsächlich geschafft habe, sich von ihren einstigen Spendern aus dem Rotlicht-Milieu (Hersch, Chaim Beker) endgültig zu distanzieren. Ebenso könnte man von den Frankfurter Grünen eine deutliche Distanzierung zu einem ihrer Gründer verlangen. Nämlich von Horst Jürgen Sch., der in die rechtsextreme Szene abgetaucht ist.

Wer eine Schlammschlacht herausfordert, läuft Gefahr, im selben Dreck zu versinken.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Die schläfrigen Grünen und der Terror

Hessische Sicherheitsbehörden: „Wir haben es mit Terror zu tun“, FR-Regional vom 3. August

Herzlichen Dank an Pitt von Bebenburg für seinen Erweckungsversuch der schläfrigen Landtags-Grünen. Fraktionsführer Mathias Wagner will „das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden“ durch regelmäßige öffentliche Berichte der Sicherheitsbehörden über „die tadellose Arbeit der übergroßen Mehrheit der BeamtInnen“ wieder herstellen. Vielen Dank! Wir werden bereits zum Überdruß mit besänftigenden, verschleiern den Floskeln von Polizei- und Ministeriumssprechern eingekullt, denen der tadellose Polizeiruf wichtiger als zupackende Ermittlungen polizeilicher Nazi-Chatgruppen. Bereits die LKA-Ermittlungen nach Temmes gut ge-

timter Beiwohnung am NSU-Mord Halit Yozgats haben 2006 gezeigt, dass der hessische Verfassungsschutz in die NSU-Mordserie verstrickt sein muss. Auch nach den Drohfaxen an die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız („Miese Türkensau“, wir schlachten deine Tochter) entdeckten die sanft und gemächlich ermittelnden Frankfurter Polizei-Staatschützer auf dem Handy der Privatdaten-abfragenden 1. Revierpolizistin sechs Wochen später beim Löschen übersehene Chats mit Hitler-Bildern vor rauchendem Schornstein mit dem Text: „Je größer der Jude, desto wärmer die Bude“. Ihr Revierchat-Kollege aus Kirtorf wurde vom LKA

überprüft. Dabei fand sich bei zwei benachbarten Polizeikollegen ein Nazi-Museum. Weitere Polizei-Nazi-Chat-Gruppen signalisierten ein neonazistisches Polizei-Netzwerk. So konnte es nicht ungeniert weitergehen, auch wenn der Ruf bereits ruiniert war. Innenminister Beuth versuchte es 2019 mit einer läppischen Beamten-Befragung: Sie ergab eine 97-prozentige Verfassungstreue bei den 25 Prozent der hessischen PolizeibeamtInnen, die antworteten.

Liebe Landtags-Grüne, eine lebendige Demokratie lebt vom realistischen Misstrauen gegenüber Machtmissbrauch, gerade wenn tüchtig verschleiert wird.

Claus Metz, Bad Vilbel